Wir holen uns unsere Stadt zurück!

Und das machen wir gemeinsam. Sei dabei, sprich mit deinen Nachbar*innen über eure Probleme. Wir unterstützen euch beim Kampf gegen dreiste Vermieter*innen! Hast du noch Fragen? Schreib' uns gerne, aber jetzt...

...den Einwohnerantrag unterschreiben:

8.000

miete@dielinke-hannover.de

Die Linke
Region Hannover

EINWOHNERANTRAG

Mieten-Notstand stoppen

Jeder Mensch verdient ein bezahlbares und sicheres Zuhause – unabhängig vom Pass oder Job. Die Realität in Hannover sieht ganz anders aus.

www.mietabzocke-stoppen.de

Zu teure Mieten, Leerstand und verfallende Häuser. In Hannover herrscht Mieten-Notstand!

Der Grund: Reiche Wohnungsunternehmen und dreiste Vermieter*innen wie Vonovia, Gundlach & Co. machen sich mit unserer Miete die Taschen voll. Währenddessen lassen sie unsere Wohnungen verfallen.

Doch wir können uns gegen diese Abzocke wehren – denn wir sind viele! Gemeinsam mit vielen Nachbar*innen stellt Die Linke einen Einwohnerantrag bei der Stadt. Jede Person (ab 14 Jahren), die in Hannover wohnt, kann unterschreiben. Wenn mindestens 8.000 Unterschriften zusammenkommen, muss sich der Stadtrat mit unseren Forderungen befassen und unsere Sofortmaßnahmen gegen den Mieten-Notstand bearbeiten.

V.i.S.d.P. Lars Kamperdicks, Die Linke Kreisverband Region Hannover, Goseriede 8, 30159 Hannover

Einwohnerantrag
Unsere Forderungen

Mieten einfrieren bei städtischen Wohnungen

Wir fordern: Die Stadt Hannover darf die Mieten bei ihren Wohnungsunternehmen (z.B. Hanova) nicht mehr erhöhen. Auch nicht bei Neuvermietungen!

Erbpacht statt Ausverkauf

Wir fordern: Die Stadt vergibt ihre Grundstücke nur noch als Erbpacht. So wird Boden nicht zum Spekulationsobjekt großer Konzerne. Gemeinwohlorientierte Träger (z.B. Genossenschaften) können sich dadurch Grundstücke wieder leisten und neue Wohnungen bauen.

Keine Förderung für Immobilienkonzerne

Momentan gibt Hannover viel Geld aus, damit Immobilienkonzerne ein paar Wohnungen für 25 Jahre günstiger vermieten (Sozialbindung). So fließen unsere Steuergelder direkt an Vonovia & Co. Das ist teuer und bringt langfristig gar nichts. Wir fordern: Nur noch gemeinwohlorientierte Träger dürfen diese Förderung bekommen.

Keine Leerstände, Abrisse, Ferienwohnungen

Wir haben ein riesiges Problem mit Leerstand, weil dreiste Vermieter*innen lieber mit Wohnraum spekulieren. In Hannover ist das, genau wie Abriss oder Kurzzeitvermietung, verboten (Zweckentfremdungssatzung). Aber was passiert bisher? – Nichts! Wir fordern: Die Stadt muss diese Ungerechtigkeit konsequent unter Androhung von Bußgeldern verhindern.

Mehr Infos: www.dielinke-hannover.de/einwohnerantrag